

# Ex-post-Evaluierung Stärkung der parlamentarischen Kontrolle, Sambia



<b>Titel</b>	Stärkung der parlamentarischen Kontrolle in Sambia		
<b>Sektor und CRS-Schlüssel</b>	Demokr. Teilhabe und Zivilgesellschaft, 1515000 (CRS Code)		
<b>Projektnummer</b>	2011 665 60		
<b>Auftraggeber</b>	BMZ		
<b>Empfänger/ Projektträger</b>	Verwaltung des sambischen Parlaments (National Assembly)		
<b>Projektvolumen/ Finanzierungsinstrument</b>	4,0 Mio. EUR		
<b>Projektlaufzeit</b>	2011 - 2019		
<b>Berichtsjahr</b>	2021	<b>Stichprobenjahr</b>	2021

## Ziele und Umsetzung des Vorhabens

Ziele auf Outcome-Ebene waren, den Kontakt zwischen Abgeordneten und Wählern zu verbessern und das Verständnis und die Transparenz des parlamentarischen Handelns zu erhöhen. Auf Impact-Ebene zielte das Vorhaben auf die Stärkung der politischen Einflussnahme der Bevölkerung und auf eine stärkere Aufsichts- und Legislativfunktion des Parlaments ab.

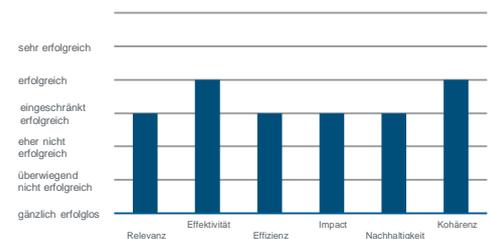
Es wurden 17 Wahlkreisbüros (WKBs) gebaut und ausgestattet. Landesweit wurden Informationsmaterialien über die parlamentarische Arbeit bereitgestellt. Zudem wurden Parlamentsradio und -fernsehen ausgebaut bzw. eingerichtet.

## Wichtige Ergebnisse

Das Vorhaben entfaltete entwicklungspolitische Wirksamkeit. Die Nachhaltigkeit ist aus Sicht der EPE allerdings gefährdet. Die Ownership durch den Projektträger ist jedoch hoch und das Budget für die WKBs soll um 50 % aufgestockt werden. Unter diesen Voraussetzungen kann mit einer erheblichen Verbesserung des Betriebes der geschaffenen Kapazitäten gerechnet werden kann.

- Die Ziele auf Ebene der Zielgruppe im engeren Sinne (Bevölkerung der Wahlkreise, in denen die Parlamentsbüros durch EZ-Mittel eingerichtet wurden) sind erreicht. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Nutzung der WKBs von einem sehr niedrigen Niveau ausging, so dass trotz einer Steigerung der Nutzungszahlen um 39 %, das Nutzungsniveau insgesamt weiterhin sehr niedrig ist.
- Die Maßnahme hatte einen nicht quantifizierbaren, aber positiven Einfluss auf die Transparenz des politischen Handelns und damit auf die politische Einflussnahme durch die Bevölkerung. Was auch anhand einer höheren Wahlbeteiligung von + 14,6 % im Wahljahr 2021 im Vergleich zur Vorwahlperiode deutlich wird.
- Im Zuge der Corona-Pandemie mussten die WKBs für Publikumsverkehr geschlossen werden. Aufgrund ihrer zentralen Lage wurden sie jedoch zur Ausgabe von Masken, Desinfektionsmitteln und allgemein zur Aufklärung über das Virus genutzt.

## Gesamtbewertung: eingeschränkt erfolgreich



## Schlussfolgerungen

- Politische Bildung ist eine wichtige Voraussetzung, damit die Bevölkerung ihre Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme nutzt. Allerdings kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich dies automatisch in einer besseren Wahrnehmung der Kontrollfunktionen des Parlaments widerspiegelt, da hier weitere Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen.
- Bei nicht Einkommen generierender Infrastruktur sind für Wartung und regelmäßigen Betrieb und damit die Nachhaltigkeit des Vorhabens eine hohe Ownership und ausreichendes Budget des Partners unerlässlich, damit die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

# Bewertung nach DAC-Kriterien

## Gesamtvotum: Note 3

### Teilnoten:

Relevanz	3
Effektivität	2
Kohärenz	2
Effizienz	3
Übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen	3
Nachhaltigkeit	3

		Vorhaben (Plan 2012)	Vorhaben (Plan 2014)	Vorhaben (Ist)
Investitionskosten (gesamt)	Mio. EUR	2,60	4,15	4,10
Eigenbeitrag	Mio. EUR	0,10	0,15	0,15
Finanzierung	Mio. EUR	2,5	4,00	3,95
davon BMZ-Mittel	Mio. EUR	2,5	4,00	3,95

## Relevanz

### Ausrichtung an Politiken und Prioritäten

Das Vorhaben entspricht den Prioritäten des Partnerlandes. Die Verbesserung der Regierungsführung wird in Sambia als wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung gesehen und hat daher im politischen Diskurs eine hohe Relevanz. Zum Zeitpunkt der Projektprüfung (PP) 2011 war die Ausgangssituation für die geplanten Maßnahmen sehr gut: Die sambische Wirtschaft entwickelte sich stabil, mit positiven Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Parlaments- und Regierungsdiskurs waren geprägt von Reformbestrebungen zu einer besseren Gewaltenteilung für eine effektivere demokratische Kontrolle der Regierung. Demokratie ist in Sambia fest verankert, Reformbestrebungen zielten auf eine breitere Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure am politischen Prozess und auf mehr Transparenz des parlamentarischen Handelns. Diese Zielsetzung und deren Operationalisierung waren fest in der sambischen Langzeitstrategie „Vision 2030“ und dem sechsten (2011 – 2015) sowie dem siebten (2017 – 2021) nationalen Entwicklungsplan verankert. Zudem trug die Maßnahme der übergeordneten Zielsetzung der Förderung des Demokratieverständnisses der Bevölkerung zur besseren Ausübung ihrer Kontrollfunktion auf die Exekutive Rechnung und entsprach damit vollumfänglich den Prioritäten der internationalen Bergemeinschaft (Handlungsvorgaben der Joint Assistance Strategy for Zambia II (JASZ II) und des BMZ (gem. Afrika-Konzept der Bundesregierung und Länderstrategiepapier). Das BMZ verfolgte in Sambia unter diesem Schwerpunkt das Ziel „die sambische Regierung handelt entwicklungsorientiert, erweitert und sichert die Bürgerbeteiligung an und Transparenz im Regierungs- und Verwaltungshandeln“. Entsprechend der Prioritätensetzung der Bundesregierung von 2011 trug die deutsche EZ in Sambia damals wie heute zur Verwirklichung guter Regierungsführung in den drei Handlungsfeldern des Schwerpunktes (i) Bürgerbeteiligung an Reformprozessen und Armutsminderung, (ii) Dezentralisierung und lokale Regierungsführung, (iii) Good Financial Governance bei. Die Maßnahme zielte auf Handlungsfelder (i) und (ii).

Ab 2008 wurde mit der Ausweitung der Zugangsmöglichkeiten für die Bevölkerung zu politischer Teilhabe über WKBs (Wahlkreisbüro) begonnen und entsprechende Räumlichkeiten wurden in allen 150 Wahlkreisen (WK) angemietet. Die WKBs wurden zudem mit Personal und Literatur zu demokratischen Themen ausgestattet. Zweck der WKBs war und ist es, einen überparteilichen Ort zu schaffen, an dem sich Bürger und Abgeordnete (AO) politisch austauschen können. Bürger sollten die Möglichkeit erhalten, sich zu informieren und ihre Anliegen vorbringen zu können, um darüber den AO in die Lage zu versetzen, die

Interessen seines WKs im Parlament bestmöglich zu vertreten. Da Zustand und Lage der angemieteten WKBs bei hohen Mietkosten oft ungeeignet waren, erfolgte sukzessive der Bau eigener WKBs, aufgrund geringer verfügbarer Mittel aber sehr schleppend. Gleichzeitig wurde das Parlamentsradio ausgebaut. Dies sollte dazu führen, dass der vorwiegend ländlichen Bevölkerung ein besserer Zugang zu parlamentarischen Entscheidungsprozessen ermöglicht würde. Allerdings war seit jeher die Kontrollfunktion des Parlaments über die Regierung verfassungsmäßig schwach ausgeprägt. So obliegt die Hoheit über den knappen Staatshaushalt bis heute nicht dem Parlament, sondern dem Präsidenten. Zum Zeitpunkt der PP war dieser Umstand bereits bekannt, wurde aber nicht als Risiko für den Erfolg der Maßnahme identifiziert. Stattdessen wurde von einem weiterhin anhaltenden Wirtschaftsaufschwung ausgegangen, der die nötigen Rahmenbedingungen für ausreichende finanzielle Kapazitäten und Reformbestrebungen schaffen würde.

### Ausrichtung an Bedürfnisse und Kapazitäten der Beteiligten und Betroffenen

Die Zielgruppe i. w. S. war die sambische Bevölkerung, i.e.S. die Bevölkerung der Wahlkreise, in denen die WKBs gebaut und ausgestattet worden sind. Das Vorhaben wurde zielgruppennah konzipiert und die Maßnahme fügte sich sehr gut in die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein. So gilt die sambische Bevölkerung damals wie heute als sehr aktiv, es findet ein reger Austausch über diverse zivilgesellschaftliche Gruppierungen und Akteure statt.<sup>1</sup> Umfragen der Caritas Sambia zu Beginn des Jahrtausends belegten, dass die Bevölkerung mehr Transparenz im politischen Prozess wünschte und dass gleichzeitig verschiedene Vorstellungen über das Parlament in seiner Rolle, Funktion und Aufgabenspektrum kursierten.<sup>2</sup> Mit dem getroffenen Maßnahmenmix zur Informationsverbreitung und politischer Aufklärung setzte die Zielsetzung des Projektes genau hier an. Zum Zeitpunkt der PP wurde als Kernproblem "fehlende Rechenschaftspflicht der Regierung" identifiziert, die im mangelnden Demokratieverständnis der Bevölkerung und fehlender Transparenz der Legislative begründet läge. Folgerichtig träte eine Verbesserung ein, wenn das Demokratieverständnis geschärft und parlamentarisches Handeln transparent würde. Aus heutiger Sicht wurde das Kernproblem nur teilweise identifiziert. Bereits zum Zeitpunkt der PP war die sambische Politik seit 1991 durch Parteienpluralismus, fünf regulär verlaufende, demokratische Wahlen und der Akzeptanz von Wahlergebnissen mit weitestgehend ordentlichen Machtübergaben gekennzeichnet. Vielmehr wurde sämtlichen Regierungen seitens der Zivilgesellschaft stets Korruption, Versagen der Judikative und Misswirtschaft vorgeworfen. Im Rahmen der EPE hat sich rückblickend gezeigt, dass die Kombination aus unzureichender Gewaltenteilung bzw. Exekutivdominanz und mangelnder Durchlässigkeit des politischen Systems für Bürgerbegehren in erster Linie das "Kernproblem" beschreibt und das Land in seinem Bestreben zur Erreichung Guter Regierungsführung hindert.

Sambia war und ist ein multilinguistischer Vielvölkerstaat, allerdings ohne Konfliktlinien entlang ethnischer/kultureller/religiöser etc. Zugehörigkeiten. Benachteiligung und Vulnerabilität ist im überwiegend armen Sambia daher primär eine Frage der Einkommenssicherheit. Der Anteil der armen Bevölkerung ist im ländlichen Raum mehr als doppelt so hoch wie in urbanen Gebieten. Der gewählte Instrumentenmix der Maßnahme strebt einen inklusiven Ansatz an. Bei der Standortauswahl der geförderten WKBs wurden ethnische, geschlechtliche, geographische, parteiparitätische und wirtschaftliche Faktoren gleichermaßen berücksichtigt. Zum Zeitpunkt der Standortauswahl wurden alle 16 Standorte als ländlich klassifiziert. Heute werden zwei dieser Standorte als semi-urban und einer als urban eingestuft. Um die Gleichberechtigung der Geschlechter zu berücksichtigen, wurden vier WKs mit weiblichen AO zum Bau von FZ-finanzieren WKBs ausgewählt. Aufgrund der hohen Fluktuation der AO war dies jedoch kein geeignetes Kriterium, um positiv auf eine Gleichberechtigung der Geschlechter einzuwirken. Aktuell werden diese vier WKBs von männlichen AO geführt. Die übrigen Selektionskriterien erscheinen damals wie heute als geeignet.

<sup>1</sup> FES – Politische Parteien und Parteiensystem in Sambia; Die Funktionen zivilgesellschaftlichen Engagements für die demokratische Transformation in Afrika - am Beispiel Sambias, FES Sachbericht Bonn, 2004;; Report by Caritas Zambia on the operations of the parliamentary constituency offices in Zambia, 2009

<sup>2</sup> Catholic Centre for Justice, Development and Peace (CCJDP) Research on the Community Response to the Parliamentary Constituency Offices Pilot Project, 2004

## Angemessenheit der Konzeption

Die Wirkungskette geht davon aus, dass

- sich über Komponente I - Bau und Ausstattung von ausgewählten WKBs - der Kontakt zwischen Abgeordneten (AO) und Wählern verbessern würde, da AO häufiger in den WK präsent wären, Bürger die WKBs häufiger besuchen könnten und so ein besserer Austausch zwischen AO und Bürgern gewährleistet würde, wodurch Bürgerinteressen besser im Parlament vertreten werden könnten;
- über Komponente II - Ausstattung aller WKBs mit Infomaterialien und geschultem Personal - mittels Aufklärungskampagnen und Öffentlichkeitsaktivitäten mit politischem Bildungscharakter eine vertiefte Kenntnis der Bevölkerung zu Funktion und Arbeitsweise des Parlaments entstünde, und
- über Komponente III - Ausbau des Parlamentsradios und -fernsehens - die Transparenz von parlamentarischem Handeln verbessert würde, da Wähler live Parlamentsdebatten mitverfolgen könnten.

Wähler wären infolge besser in der Lage, sich eine informierte politische Meinung zu bilden und hätten besseren Zugang, ihre Interessen in den politischen Prozess einzubringen. Dies führe zu einer vermehrten Einflussnahme der Bevölkerung auf das parlamentarische Handeln - und seitens der Abgeordneten, welche die Interessen ihrer WK verträten, zu einer besseren parlamentarischen Kontrolle der Exekutive und letztendlich zu einem Beitrag zu guter Regierungsführung.

Bei dieser Wirkungskette wird unterstellt, dass durch die Errichtung und Ausstattung von WKBs sowie eine bessere räumliche Abdeckung von Parlamentsradio und -TV der Einfluss der Bevölkerung derart gestärkt würde, dass "automatisch" eine effektivere Kontrolle der Exekutive erreicht werden könnte. Weitere Faktoren, die einer effektiveren Kontrolle entgegenstehen (wie z.B. unzureichende Gewaltenteilung, fehlende Budgethoheit des Parlaments, Parteienzwang und - damit verbunden - eine reduzierte Durchlässigkeit des politischen Systems für Bürgerbegehren) blieben hingegen unberücksichtigt und haben in Retrospektive zu geringen Wirkungen der Maßnahme auf Impact-Ebene beigetragen.

## Reaktion auf Veränderungen / Anpassungsfähigkeit

Gemäß einer Entscheidung des BMZ wurden zusätzliche FZ-Mittel i. H. v. 1,5 Mio. EUR aus einer nicht ausgezahlten variablen Tranche der allgemeinen Budgethilfe auf das hier zu evaluierende Vorhaben reprogrammiert. Die zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel wurden genutzt, um Kostensteigerungen bei der Ausstattung der Büros mit Radioantennen und bei der Medien-Infrastruktur zu begegnen. Außerdem wurden das Mengengerüst um den Bau und die Ausstattung von fünf bis sieben zusätzlichen WKBs erweitert. Das angepasste Mengengerüst lag damit bei rd. 15 bis 22 WKBs. Durch die flexible Anpassung des Mengengerüsts war die Maßnahme in der Lage auf die veränderten finanziellen Rahmenbedingungen einzugehen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Maßnahme durchaus gut an den politischen Prioritäten sowohl auf Partner- als auch auf Geberseite ausgerichtet war. Die Wirkungskette hingegen ist nur teilweise plausibel. So versuchte die Maßnahme über die isolierte Betrachtung eines gesellschaftlichen Teilaspekts (politische Partizipation) gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu beeinflussen ohne Berücksichtigung und Mitigierung anderer wesentlicher Risiken für die Zielerreichung. Insgesamt beurteilen wir daher die Relevanz des Vorhabens mit eingeschränkt erfolgreich.

**Relevanz Teilnote: 3**

## Kohärenz

### Interne Kohärenz

Das Vorhaben trägt den beiden Handlungsfeldern (i) Bürgerbeteiligung an Reformprozessen und Armutsminderung, (ii) Dezentralisierung und lokale Regierungsführung des Afrika-Konzepts der Bundesregierung von 2011 Rechnung und bildet ein Handlungsfeld mit dem GIZ-Vorhaben „Zivilgesellschaftliche Teilhabe an Governance-Reformprozessen und Armutsbekämpfung“ im Schwerpunkt „Governance“. Das GIZ-Vorhaben stützt vor allem die den politischen Entwicklungsprozess kritisch begleitenden ZGO. Zwar sieht das TZ-Vorhaben keine direkte Zusammenarbeit mit dem Parlament vor, die im Vorhaben geförderten ZGO

legen jedoch einen Schwerpunkt ihrer Arbeit darauf, das Parlament und seine Ausschüsse für die Anliegen der Bevölkerung zu beeinflussen. Dies schließt die Beobachtung von Gesetzesänderungen ebenso ein wie die Begleitung des Haushaltsverfahrens. Diese ZGO nutzen für ihre Aktivitäten u.a. die WKBs.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) arbeitet in Sambia mit Gewerkschaften, Parteien, Medien, Zivilgesellschaft und Parlament zusammen. Mit letzterem ist die Zusammenarbeit auf die Aus- und Fortbildung der Beschäftigten in der Parlamentsverwaltung, die technische Unterstützung des Parlaments sowie Aus- und Fortbildung der Abgeordneten fokussiert. In diesem Zusammenhang hatte die FES in enger Kollaboration mit dem Parlament bereits im Vorfeld eine Reihe von informativen und didaktisch aufbereiteten Broschüren für einige der WKBs erstellt und wurde deshalb für Komponente II zur Erzielung von Synergieeffekten und Effizienzgewinnen direkt beauftragt.

### Externe Kohärenz

Neben der dt. EZ sind in Sambia regelmäßig bis zu 15 bi- und multilaterale Durchführungsorganisationen (DO) vertreten, deren Arbeitsteilung in der JASZ II geregelt wurde. Die hier evaluierte Maßnahme orientiert sich ebenfalls an der JASZ II. Durch die Ausrichtung der Aktivitäten der Geber an der JASZ II und der Ausrichtung dieser Maßnahme an der JASZ II, ist die Maßnahme komplementär zu den Aktivitäten anderer Geber. Damit ist die Maßnahme komplementär zu den Aktivitäten anderer Geber. Die Eigenanstrengungen des Partners werden durch die Maßnahme unterstützt, indem der Bau weiterer WKBs finanziert und die Ausstattung der WKBs mit Infomaterialien verbessert wurde.

Monitoring und Evaluierung (M&E) der Maßnahme sind in großem Umfang an das M&E des Partners ausgerichtet, welcher u.a. über ein umfangreiches Monitoring aus den WKBs mit laufender Berichterstattung auf Quartalsbasis verfügt. Im Verlauf der EPE hat sich allerdings herausgestellt, dass das Monitoring des Partners lückenhaft und die Erfassung der Daten durch die einzelnen WKBs mangels Vorgaben stellenweise inkonsistent ist. (vgl. Effektivität)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Kohärenz der Maßnahme hoch ist. Die Maßnahme reiht sich lückenlos in die bestehende Förderlandschaft der internationalen Gebergemeinschaft ein, liefert komplementäre Beiträge zum übergeordneten Ziel der guten Regierungsführung und unterstützt damit die Eigenanstrengung des Partners. Für Monitoring und Evaluierung greift die Maßnahme zudem auf Systeme des Partners zurück. Die externe Kohärenz wird als erfolgreich beurteilt.

### Kohärenz Teilnote: 2

## Effektivität

Das im Rahmen der EPE angepasste Ziel auf Outcome-Ebene war:

- (i) die Verbesserung des Kontakts zwischen Wählern und AO,
- (ii) die Erhöhung des Verständnisses des parlamentarischen Handelns und
- (iii) die Erhöhung der Transparenz des parlamentarischen Handelns.

Ursprüngliches Ziel auf Outcome-Ebene war, das Verständnis der Bevölkerung für die parlamentarische Arbeit und ihre Möglichkeiten zur Einflussnahme so zu verstärken, dass die Aufsichts- und Legislativ-Funktionen des Parlaments effizienter und effektiver werden. Diese Zielformulierung geht jedoch über die Nutzung der geschaffenen Kapazitäten hinaus und adressiert den aus der Nutzung resultierenden Nutzen. Daher wurde das ursprüngliche Outcome-Ziel im Rahmen der EPE angepasst und teilweise auf Impact-Ebene verschoben.

Die Erreichung der Projektzielindikatoren wird wie folgt zusammengefasst:

Indikator	Status lt. PP	Zielwert lt. PP	Ist-Wert bei EPE
(1) Die Anzahl der Besucher der 16 neugebauten WKBs ist gestiegen. <sup>3</sup>	Unbekannt	+25 % <sup>4</sup>	Erreicht.
(1.1) Bürger nutzen alle 150 WKBs <sup>5</sup> zur politischen Bildung.	-	+25 %	Erreicht. <sup>6</sup>
(1.2) Bürger nutzen alle 150 WKBs zur Adressierung von politischen Themen.	-	+12,5 %	Erreicht. <sup>7</sup>
(2) Alle 150 WKBs führen 1x/Monat Öffentlichkeitsaktivitäten durch.	Unbekannt	12 Aktivitäten p.a. pro WKB	Erreicht. <sup>8</sup>
(2.1) Alle WKBs führen regelmäßig Öffentlichkeitsaktivitäten mit politischem Bildungscharakter durch	-	12 Aktivitäten p.a. pro WKB	Erreicht. <sup>9</sup>
(2.2) Alle WKBs bieten in der sitzungsfreien Zeit regelmäßig Möglichkeiten zum direkten Austausch mit dem zuständigen AO.	-	WKBs ermöglichen in der sitzungsfreien Zeit mind. 1x/Monat den direkten Austausch mit dem zuständigen Abgeordneten	Erreicht. <sup>10</sup>
(2.3) AOs informieren ihre WK anlassbezogen über wichtige parlamentarische Debatten.	-	Regelmäßig/ anlassbezogen	Erreicht. <sup>11</sup>
(2.4) AO bringen politische Themen ihrer WKs in den parlamentarischen Diskurs ein.	-	+5 %	Nicht erreicht.

<sup>3</sup> Indikator 1 bezieht sich ausschließlich auf die KfW-WKBs, damit beurteilt werden kann, ob eine Veränderung gegenüber dem Zeitraum festgestellt werden kann, während dem alternative WKBs noch angemietet waren.

<sup>4</sup> Als Baseline wurde in der PP das Jahr 2012 festgelegt. Ex-ante Daten wurden hingegen nicht erhoben. 2019 wurde im Rahmen der EPE als das Vergleichsjahr definiert, weil dies das einzige Jahr ist, in dem die KfW-finanzierten WKBs einen 12 monatigen Regelbetrieb aufweisen konnten. Mitte 2018 wurden die ersten 16 KfW-WKBs fertiggestellt und bezogen, ab März/April 2020 wurden landesweit alle WKBs im Zuge der Anti-Corona-Maßnahmen für den Publikumsverkehr geschlossen. Jahresberichte des Parlaments über sämtliche WKB-Aktivitäten wurden nur rückwirkend bis 2017 als Datengrundlage für die EPE bereitgestellt, so dass keine gesicherten Daten zur Baseline vorliegen. Ein 39%iger Anstieg der Besuchszahlen von 2012 bis 2019 wurde durch den lokalen Consultant vor Ort gemeinsam mit dem Angestellten der neun besuchten WKBs rekonstruiert und gilt nur für diese neun WKBs.

<sup>5</sup> Indikatoren 1.1. bis 2.3. beziehen alle 150 WKB ein, da hierbei insbesondere der Öffentlichkeitscharakter beurteilt werden soll, der durch Komponente II - Schulungen und Informationsmaterial - finanziert wurde.

<sup>6</sup> Basierend auf Durchschnittswerten von durch die KfW 2019, die Caritas 2017 und die WKB-Berichte für 2017-2019 erhobenen Daten.

<sup>7</sup> Basierend auf Durchschnittswerten von durch die KfW 2019, die Caritas 2017 und die WKB-Berichte für 2017-2019 erhobenen Daten.

<sup>8</sup> Basierend auf Durchschnittswerten von durch die WKB-Berichte für 2017-2019 erhobenen Daten.

<sup>9</sup> Basierend auf Durchschnittswerten von durch die WKB-Berichte für 2017-2019 erhobenen Daten.

<sup>10</sup> Basierend auf Durchschnittswerten von durch die WKB-Berichte für 2017-2019 erhobenen Daten.

<sup>11</sup> Basierend auf Durchschnittswerten von durch die WKB-Berichte für 2017-2019 erhobenen Daten.

(3) Sitzungen des Parlaments werden regelmäßig im Parlamentsradio und -fernsehen ausgestrahlt.	Unbekannt	mind. 5 Veröffentlichungen pro Monat	Erreicht.
(3.1) Parlamentsradio und -fernsehen können in allen KfW-finanzierten WK empfangen werden.	-	ja/nein	Teilweise erreicht.
(3.2) Bürger nutzen das Rundfunkangebot, um sich zu informieren.	-	Ja/nein	Erreicht. <sup>12</sup>

Zu Indikator 1: Zur Baseline liegen keine gesicherten Daten vor, die alle KfW-WKBs beinhalten. So mussten im Rahmen der EPE die Besuchszahlen für 2012 durch den lokalen Consultant vor Ort gemeinsam mit den Angestellten der neun besuchten WKBs rekonstruiert werden. Lt. Rekonstruktion sind die Besucherzahlen von 2012 bis 2019 in diesen neun WKBs von 1.651 auf 2.300 Besucher und somit um 39 % gestiegen. Der Indikator ist damit erfüllt. Die durchschnittliche Besucheranzahl bezogen auf alle WKBs lag 2019 bei 2.173 Besuchern, die Gesamtzahl bei 36.209 Besuchern (0,2 % der Gesamtbevölkerung). Auch wenn die Besuchszahlen der KfW-WKBs geringfügig höher waren als der Landesdurchschnitt, gilt vor diesem Hintergrund der Eintritt des zum Zeitpunkt der PP identifizierten Risikos der nicht ausreichenden Nutzung der WKB durch die Bevölkerung als bestätigt.

Zu Indikatoren 1.1 und 1.2: Die Indikatoren wurden erreicht. Studien der KfW aus dem Jahr 2019 und der Caritas Zambia von 2017 belegen, dass die WKB überwiegend zweckmäßig genutzt werden. Die Mehrheit der befragten Besucher der WKBs gab an, diese mit der Absicht zum politischen Austausch oder zu Informationszwecken aufzusuchen. Von den befragten Bibliotheksnutzern bestätigte wiederum eine Mehrheit, Neues über die Funktionen der WKBs, zur Rolle des Parlaments, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Rolle der AO gelernt zu haben. Ebenfalls eine große Gruppe von Besuchern mit einem Anteil von ca. 30 % gab an, die WKBs für eigene Zwecke aufzusuchen (z.B. Spenden für Schulgebühren, Arzt- oder Bestattungskosten). 35 % der Besuche galten der Platzierung von Themen im politischen Diskurs. 2019 waren dies rund 8.900 Anliegen, die durch die Bevölkerung bei WKB-Aktivitäten oder direkt ggü. dem zuständigen AO adressiert wurden. Dieser Eindruck wird durch Befragungen in neun WKBs im Rahmen der EPE bestätigt.

Zu Indikator 2: Der Indikator ist erreicht. Zwar schwanken (in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit ausreichender finanzieller Mittel) Frequenz und Art der durchgeführten Aktivitäten, rein rechnerisch ergab sich jedoch mehr als eine Aktivität pro WKB im Monat. Auch die Qualität der durchgeführten Öffentlichkeitsaktivitäten reicht von hoch formalisierten, regelmäßig tagenden Gemeindesitzungen, die ca. 8-10 % ausmachten, über spontane Aktivitäten (z.B. politisches Theater, öffentliche Fora) mit einem Anteil von 70 %. Hierbei zeigt sich, dass das Aktivitätsniveau eines WKB auch von Motivation und Ausbildungsniveau der Angestellten und des AO abhängig ist.

Zu Indikator 2.1: Der Indikator ist erreicht. Durchschnittlich finden Aktivitäten mit Bildungscharakter alle zwei Monate statt.

Zu Indikatoren 2.2 und 2.3. Beide Indikatoren sind erreicht, lassen sich aber schlecht quantifizieren, da die in der laufenden WKB-Berichterstattung erhobenen Zahlen im WKB-Vergleich sehr stark schwanken. Wegen fehlender einheitlicher Vorgaben zur Erfassung der Aktivitäten erfassen manche WKBs nur "Großaktivitäten", wie z.B. Tag der offenen Tür, öffentliche Anhörungen mit Präsenz des AO und melden Daten im zweistelligen Bereich, während andere sämtliche Interaktionen des AO mit der Wählerschaft, darunter auch Beiträge auf Social Media zu parlamentarischen Debatten und anderen politischen Themen sowie Telefonate des AO, zählen und Zahlen im vierstelligen Bereich liefern. Die Größenordnung der gemeldeten Aktivitäten spricht in jedem Fall für eine landesweite Erreichung des Indikators.

<sup>12</sup> Basierend auf der Datenerhebung vor Ort 2021.

Zu Indikator 2.4: Von den 2019 rd. 8.900 Themen aus den WK wurden weniger als 1 % vom Parlament aufgegriffen. Damit gilt der Indikator als nicht erreicht.

Zu Indikator 3: Der Indikator ist erreicht. Während der Sitzungszeit des Parlaments findet eine laufende Übertragung statt. Zusätzlich gibt es ein breites Angebot an Reportagen und Dokumentationen zu politischen Themen.

Zu Indikator 3.1: Der Indikator ist teilweise erreicht. Parlamentsfernsehen ist in allen finanzierten WKBs verfügbar, allerdings ist es für die Nutzer kostenpflichtig (Pay-TV). Zum Zeitpunkt der EPE waren die meisten FZ-finanzierten Radioantennen dysfunktional, so dass in nur einem von neun besuchten KfW-geförderten WK (Pemba) Parlamentsradio empfangen werden konnte. Die Nutzung des Parlamentsradios ist kostenfrei. Jedoch funktionierten sechs der neun installierten Rundfunkantennen bereits bei der Endabnahme nicht. Dies lag vor allem an falschen Frequenzeinstellungen, zu niedrig angebrachte Antennen, so dass deren Reichweite nicht ausreichte, die WKBs zu erreichen, etc.. Zu der Frage, ob und wie diese Probleme seinerzeit angegangen worden sind, liegen keine Informationen vor. Durch die EPE sah sich der PT jedoch veranlasst Techniker mit der Überprüfung der Antennen zu beauftragen.

Zu Indikator 3.2.: Der Indikator ist erreicht. Im Rahmen der EPE durchgeführte Gespräche mit den WKB-Angestellten bestätigen, dass Parlamentsradio und -fernsehen bekannt sind und das Angebot durch Bürger genutzt wird, um sich politisch zu informieren. Insbesondere parlamentarische Debatten im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen, kontroverse Themen und Gesetzesvorschläge finden Anklang. Allerdings erhebt das Parlament keine Daten zu Einschaltquoten, so dass das landesweite Ausmaß der Nutzung nicht quantifiziert werden konnte.

### Beitrag zur Erreichung der Ziele

Im Rahmen der Maßnahme wurden 17 WKBs gebaut und mit Möbeln, Computer, Radio, Fernsehen, Internet und Personal ausgestattet (Komponente 1). Außerdem wurden Trainingsmaßnahmen für die Angestellten aller 150 WKBs durchgeführt und Informationsbroschüren ausgearbeitet, gedruckt und an alle 150 WKBs verteilt (Komponente 2). Im Rahmen der dritten Komponente wurden neun Radioantennen zur Ausstrahlung der Radiofrequenz in den FZ-finanzierten WK aufgestellt. Dem Parlament in Lusaka wurde die Infrastruktur für einen eigenen Fernsehsender finanziert (u.a. Einrichtung eines Fernsehstudios, Übertragungstechnik, technische Schulungen etc.).

Die Outputs wurden bis auf die Installation der Rundfunkantennen mindestens wie geplant erbracht. Teilweise kam es zu Anpassungen im Leistungsumfang (vgl. Effizienz). Im Rahmen der EPE bestätigten Befragte mit Zugang zum Parlamentsradio einen wesentlich verbesserten Informationsfluss über parlamentarische Debatten (90 %). Weiterhin schnitten die FZ-finanzierten WKBs besser ab im Vergleich zu WKBs aus der unmittelbaren Nachbarschaft (in puncto Ausstattung, Besucherzahlen und Outreach-Aktivitäten). Landesweit werden die WKBs weiterhin durch die Bevölkerung zu Informations- und Bildungszwecken und um ihre Anliegen in den Politikprozess einzubringen, besucht. Dies in Kombination mit der landesweiten Verfügbarkeit von Parlaments-TV hat in der Wahrnehmung der Bevölkerung zu einer größeren Transparenz demokratischer Prozesse und 2021 zu einer wesentlich höheren Wählerbeteiligung beigetragen (+14,6 % ggü. 2016). Im Zuge der letzten Wahlen konnte landesweit der Trend beobachtet werden, dass das Aktivitätsniveau eines AO in seinem WK Einfluss auf die eigenen Chancen zur Wiederwahl hat. In WK mit hoher Zufriedenheit mit dem amtierenden AO kam es gehäuft zu dessen Wiederwahl, in WK mit geringer Zufriedenheit fand tendenziell eine Abwahl des AO statt.

Der landesweite wirtschaftliche Abschwung hatte erheblichen Einfluss auf die Wirkung der Maßnahme. Zwar besteht weiterhin ein hohes Verantwortlichkeitsgefühl des Parlaments für Erhalt und Fortführung der durch die FZ-Maßnahme geschaffenen Outputs, das Budgetdefizit des Staates sorgte jedoch seit 2015 bis zum Zeitpunkt der EPE für eine chronische Unterfinanzierung der WKBs, worunter v.a. Öffentlichkeitsaktivitäten gelitten haben. Außerdem wurden keine Fortschritte hinsichtlich der Stärkung der Rolle des Parlaments, der Gewaltenteilung und der Durchlässigkeit des politischen Systems für Bürgerbegehren gemacht (strukturelle Defizite). Trotz unzureichendem Budget gelang es dennoch, Wirkungen auf Outcome-Ebene zu erzeugen.

### Qualität der Implementierung

Das Engagement des Trägers und der Consultants war ausreichend und eine Lieferung der geforderten Outputs war bis auf die Installation der Antennen durchweg gut bis sehr gut. Einziges Manko waren trägerseitig teilweise langwierige Entscheidungsprozesse. Die bauliche Qualität der ersten 16 WKBs wurde im Rahmen der Abschlusskontrolle (AK) für gut befunden. Die Ausstattung der finanzierten WKBs war vollständig und zweckmäßig. Zustand des 17. WKB wurde im Rahmen der EPE für gut befunden.

### Nicht-intendierte Wirkungen (positiv oder negativ)

Staatliche, gesellschaftliche, kulturelle, ethnische Diskriminierungen durch Nutzung der geschaffenen Kapazitäten (im Sinne einer do-no-harm-Betrachtung) bestehen nicht. Vielmehr ergibt sich mangels Transportmöglichkeiten der ärmeren Bevölkerung eine mögliche Benachteiligung dieser. In besonders abgelegenen WK ist es für ärmere Bevölkerungsteile nicht möglich, an Veranstaltungen der WKBs teilzunehmen. Teilweise wird Abhilfe geschaffen, in dem die Angestellten der WKBs mit eigenen Transportmitteln besonders abgelegene Gemeinden aufsuchen, die Ausstattung der WKBs mit Fahrzeugen ist allerdings ungenügend, so dass dieses Defizit nicht flächendeckend behoben werden kann. Eine Bereitstellung von Fahrzeugen für die KfW-finanzierten WKBs war nicht Bestandteil der Maßnahme. Parlamentsfernsehen ist überall verfügbar, die Nutzung über Pay-TV aber kostenpflichtig und so ebenfalls potenziell diskriminierend gegenüber Bevölkerungsteilen, die diese Kosten nicht tragen können. Zwar steht Parlamentsfernsehen in allen WKB zur Verfügung, der Umfang der Nutzung insb. durch ärmere Bevölkerungsteile hingegen nicht bekannt. Die Sicherstellung eines landesweiten Radioempfangs könnte hier wegen der kostenfreien Nutzung Abhilfe schaffen, die bereitgestellten Antennen sind allerdings mangels ordnungsgemäßer Instandhaltung dysfunktional, Empfang von Parlamentsradio zum Zeitpunkt der EPE war daher nur in einem der neun besuchten WKB möglich.

Im Zuge von Corona ergab sich ein nicht-intendierter positiver Effekt: Wegen der zentralen Lage in den einzelnen WK wurden die WKBs zur Aufklärung über die Verbreitung des Virus und zur Ausgabe von Masken, Desinfektionsmitteln genutzt. Es ist davon auszugehen, dass diese Maßnahmen den Bekanntheitsgrad der WKBs deutlich erhöht haben. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Besucherzahlen nach der Pandemie entwickeln.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Zielerreichung auf Ebene der Zielgruppe im engeren Sinne (Bevölkerung der WK, in denen die Parlamentsbüros durch EZ-Mittel eingerichtet wurden) erreicht ist. Die Indikatoren, die sich auf die durch FZ-Mittel finanzierte WKBs beziehen, sind erfüllt (Indikator 1) oder teilweise erfüllt (Indikator 3.1). Bzgl. der Nutzung von Parlamentsradio und -fernsehen wurden keine Daten erhoben (z.B. Einschaltquoten). Die im Rahmen der EPE durchgeführten Befragungen deuten jedoch darauf hin, dass das Vorhaben für die Personen mit Zugang zum Parlamentsradio und -fernsehen einen positiven Einfluss hinsichtlich der Transparenz des parlamentarischen Handelns hatte (vgl. Beitrag zur Erreichung der Ziele). Die Zielerreichung auf Ebene der Zielgruppe im weiteren Sinne (Gesamtbevölkerung Sambias) ist schwieriger zu bewerten. Mit Ausnahme von Indikatoren 2.4 sind alle Indikatoren, die die Zielerreichung auf Ebene der Zielgruppe i. w. S. messen, erreicht. Auch wenn die Nutzung aller WKBs landesweit im Zuge des Vorhabens deutlich zugenommen hat, liegt die Nutzung der WKBs und damit auch des dort zur Verfügung gestellten Informationsangebots gemessen an der Gesamtbevölkerung jedoch deutlich unter 1%, was als sehr gering zu bewerten ist. Bzgl. Parlamentsradio und -TV sind keine Aussagen zur Breitenwirksamkeit möglich. Positiv hervorzuheben ist die alternative Nutzung der WKBs im Rahmen der Pandemie. Insbesondere in Hinblick auf die deutliche Zielerreichung auf Ebene der Zielgruppe i.e.S. und der alternativen Nutzung der WKBs in Zeiten der Pandemie beurteilen wir die Effektivität des Vorhabens als gerade noch erfolgreich.

### Effektivität Teilnote: 2

## Effizienz

### Produktionseffizienz

Das Projekt verfügte insgesamt über 4,154 Mio. EUR. Davon waren 4,0 Mio. EUR Haushaltsmittel des Bundes und die restlichen 0,154 Mio. EUR Eigenbetrag des Trägers. In Anlage 6 findet sich eine detaillierte Kostenaufstellung der einzelnen Komponenten. Devisengewinne beliefen sich auf ca. 0,08 Mio. EUR, durch die der Bau des 17. WKBs ermöglicht wurde.

Die Auswahl der Standorte für die WKBs erfolgte möglichst inklusiv nach den zuvor festgelegten Auswahlkriterien, u.a. Zustand und Lage der angemieteten WKBs, Parteienproporz, geographische Stratifikation, ethnische Zugehörigkeit, besondere Berücksichtigung von WKBs mit weiblichen AO (Annex 7). Dadurch waren die Baustellen über das ganze Land verstreut und befanden sich teilweise in sehr abgelegenen und schwer zugänglichen Regionen. In der Folge ergaben sich höhere Kosten für Transport von Materialien und Bauüberwachung, als wenn die WKBs räumlich zusammenhängend gebaut worden wären.

Die Consultingkosten für Komponenten I und III machten mit 684 TEUR einen vergleichsweise hohen Anteil von 17,6 % an den FZ-Mitteln aus. Aufgrund der geographischen Streuung und Betreuungsintensivität mit mehrfachen Versuchen zur Endabnahme der zu bauenden WKBs (bzw. zu installierenden Antennen) werden die Consultingkosten (auch vor dem Hintergrund der kostenneutralen Vertragsverlängerungen) dennoch als angemessen eingestuft. Der Anteil der Consultingkosten für Komponente II lag inkl. Schulungen und Materialerstellung bei 7,5 % (300 TEUR). Produktions- und Distributionskosten pro ausgegebener Broschüre (300.000 Stück) waren < 1 EUR, was als vergleichsweise günstig eingestuft werden kann.

Die Kosten für Bau und Ausstattung der WKBs entsprach mit 1,827 Mio. EUR einem Anteil von 45,7 % an den FZ-Mitteln. Die spezifischen Kosten für den Bau eines durchschnittlichen WKBs i. H. v. rund 100 TEUR/WKB entsprachen den bei PP veranschlagten Baukosten, Kostensteigerungen im Vergleich zur Planung fanden nicht statt. Bauart und -qualität entsprechen landesweiter Gepflogenheiten für Kleingebäude der öffentlichen Hand, die Höhe der Materialkosten entsprach inflationsbereinigt den Materialkosten, die der Träger für den Bau von WKBs gleichen Standards aus eigenen Mitteln aufwenden musste. Bei der Beurteilung der Höhe der Baukosten muss daher insbesondere die weitegeographische Streuung der einzelnen Baustellen berücksichtigt werden. Transportkosten und Lieferzeiten stiegen mit zunehmender Distanz von der Hauptstadt stetig. Gleiches gilt für die Installation der Antennen. Im Vergleich mit Nachbarländern sind Konstruktionskosten in Sambia insgesamt moderat. Stattdessen waren zum Ende der Baumaßnahmen wegen Wechselkursschwankungen 80 TEUR für den Bau des 17. WKBs übrig.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass aus einer rein ökonomischen Betrachtung heraus die Kosten für Komponente I wesentlich geringer ausgefallen wären, wenn die Baustellen nicht über das Land verstreut gewesen wären. Aus entwicklungspolitischer Perspektive hingegen ist die Auswahl der Standorte maximal inklusiv und einem landesweiten Interessenausgleich gerecht werdend ausgeführt worden. Das gewählte Projektdesign ist einer rein ökonomischen Betrachtung vorzuziehen.

Der Eigenanteil mit Bereitstellung der Grundstücke in Höhe von 0,154 Mio. EUR (3,7 % der Investitionskosten) war üblich.

Die Gesamtlaufzeit des Projektes verlängerte sich aufgrund zahlreicher Verzögerungen von ursprünglich vier auf knapp acht Jahre.

Beim Bau der WKBs (Komponenten I) kam es zu diversen Verzögerungen, u.a. wegen langwieriger Entscheidungsprozesse auf Seiten des Trägers und unklarer Landrechte der ausgewählten Grundstücke, langwieriger Vergaben sowie einer umständlichen Zahlungsabwicklung. Insgesamt wurden die ersten 15 WKBs mit einer Verzögerung von zwei Jahren fertiggestellt. Der Bau des 16. WKBs verzögerte die Fertigstellung der Komponente I um ein weiteres Jahr. Das zusätzliche (17.) WKB wurde Mitte 2021 fertiggestellt, wird bei der Frage nach der zeitlichen Effizienz aber nicht berücksichtigt, da der Bau dieses Büros erst nach Abschluss der übrigen Maßnahmen aus Restmitteln beschlossen und umgesetzt wurde.

Komponente II wurde mit einer Verzögerung von nur drei Monaten nahezu planmäßig fertiggestellt.

Im Rahmen der Komponente III gab es erhebliche Schwierigkeiten mit der schlechten Performance des Auftragnehmers, der mit den auszuführenden Arbeiten überfordert war und letztendlich ersetzt werden

musste. Dies führte zu massiven Verzögerungen. So waren die noch ausstehenden Arbeiten an sechs von neun finanzierten Antennen zum Zeitpunkt der EPE noch nicht fertiggestellt. Das Fernsehstudio nahm den Betrieb mit knapp einem Jahr Verzögerung auf.

### Allokationseffizienz

Komponente I - Substitution angemieteter durch selbstgebaute WKBs spielt wegen der begrenzten räumlichen Wirkungsentfaltungsmöglichkeiten für die Zielerreichung die geringste Rolle, macht aber den größten Kostenanteil aus. Ggf. wäre eine landesweite Überprüfung der Rundfunkabdeckung und Nutzung des Parlamentsradios und ein evtl. Ausbau und Attraktivität des Angebotes, sowie Schulungen für AOs analog zu denen für die WKB-Angestellten hinsichtlich der Allokationseffizienz in Retrospektive sinnvoller gewesen.

Unter Berücksichtigung der Standortauswahl (Verteilung der gebauten WKBs über das ganze Land) ist die Produktionseffizienz als gut zu bewerten. Die geforderten Leistungen wurden bis auf die Installation der Antennen durchweg gut bis sehr gut ausgeführt. Die Bauqualität entspricht dem landesüblichen Standard und wird damit ebenfalls als gut bewertet. Die Projektlaufzeit hat sich im Vergleich zur Planung verdoppelt, allerdings muss berücksichtigt werden, dass sehr kleinteilige und zielgruppennahe Vorhaben häufig eine längere Umsetzungszeit haben. Die Allokationseffizienz ist hingegen nicht erreicht. Insgesamt beurteilen wir die Effizienz des Vorhabens damit als eingeschränkt erfolgreich.

**Effizienz Teilnote: 3**

## Übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen

Auf Impact-Ebene lauten die im Rahmen der EPE zugrunde gelegte Ziele: (i) Stärkung der politischen Einflussnahme der Bevölkerung und (ii) die Aufsichts- und Legislativ-Funktionen des Parlaments werden effizienter und effektiver.

Das zum Zeitpunkt der PP definierte Ziel auf Impact -Ebene lautete: Beitrag zu guter Regierungsführung einschließlich einer effektiven Kontrolle der Exekutive durch die Legislative. Dies hat sich im Nachhinein - auch unter Berücksichtigung des geringen Finanzierungsvolumens - als überambitioniert herausgestellt. Die Ziele auf Impact-Ebene wurden entsprechend angepasst.

Die Erreichung der Indikatoren kann wie folgt zusammengefasst werden:

Indikator	Status PP	Zielwert gemäß PP	Ist-Wert bei EPE
(1) Anstieg der Zahl der Gesetzesvorschläge, basierend auf Themenvorschlägen aus den Wahlkreisen um 10 %	Unbekannt	+10%	Nicht erreicht.
(2.1) Bevölkerung empfindet ihre Interessen im Parlament vertreten. Zustimmung zu parlamentarischer Arbeit steigt	-	Ja/nein	Nicht beurteilbar.
(2.2) Wahlbeteiligung steigt.	-	Ja/nein	Erreicht

Zu Indikator 1 wurde nicht erreicht. Von den 8.047 im Jahr 2019 vorgebrachten Anliegen wurden 72 im Parlament behandelt (<0,1 %). 2018 wurden von 2.531 fünf Anliegen weitergegeben. Keine resultierte in der Formulierung von Gesetzen. Für 2017 und 2016 wurden diese Daten nicht erhoben. Im Corona-Jahr 2020 gab es trotz vorübergehender Schließungen der WKBs 5.296 Anliegen, von denen 20 weitergegeben wurden. Zwar sind die Zahlen von 2018 auf 2019 gestiegen, auf Basis der schwachen Datenlage ist es aber nicht möglich eine Entwicklung im Zeitverlauf abzuleiten.

Die Erfüllung der Indikatoren 2.1. und 2.2. kann nicht gut beurteilt werden. 2020 stimmten insgesamt über 80% der Bevölkerung ab, dass Demokratie die bestmögliche Staatsform sei, was dahingehend interpretiert werden kann, dass die Bevölkerung das Parlament grundsätzlich als richtigen Ort zur Vertretung ihrer Interessen sieht. Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der parlamentarischen Arbeit hingegen lag bei schwachen 40 %, die Kompetenzvermutung bei Regierung und Parlament nur bei 50 %<sup>13</sup>. Die Wahlbeteiligung im Wahljahr 2021 stieg mit 14,6 % gegenüber der Vorwahlperiode 2016 deutlich. Es ist plausibel anzunehmen, dass das Vorhaben durch die Schaffung von mehr Transparenz des parlamentarischen Handelns und durch ein besseres Verständnis des parlamentarischen Handelns sowie durch den verbesserten Kontakt zwischen Wählern und AO einen Beitrag leistete.

### **Übergeordnete (intendierte) entwicklungspolitische Veränderungen**

Ein Anstieg der Besuchszahlen der WKB, das Einbringen von Petitionen, ebenso die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung können als Indizien für eine erhöhte Einflussnahme interpretiert werden. Außerdem konnte im Vorfeld der Wahlen gesteigertes Interesse am Angebot des Parlaments-TVs beobachtet werden. Gleichzeitig ergeben die Parlamentsberichte, dass von den vorgebrachten Petitionen nur ein Bruchteil Einzug ins Parlament erhält. Der tatsächliche Einfluss der Bürger auf die Regierung bleibt daher gering. Die Wahrnehmung des Einflusses der Bürger auf das Parlament durch Wahl der AO scheint hingegen gestiegen zu sein. So wurde im Rahmen der EPE bestätigt, dass die Wiederwahl bei aktiven AO höher ist als die von schlechter performenden Kandidaten.

### **Beitrag zu übergeordneten (intendierten) entwicklungspolitischen Veränderungen**

Es ist plausibel davon auszugehen, dass das Vorhaben wichtige Voraussetzungen für eine stärkere politische Einflussnahme der Bevölkerung und für eine effizientere und effektivere Aufsichts- und Legislativfunktion des Parlaments geschaffen hat. Allerdings kann wegen der Vielschichtigkeit der Einflussfaktoren und des heterogenen Maßnahmenbündels (räumlich beschränkte Abdeckung bei Komponente I vs. landesweite Abdeckung bei Komponenten II und III) ein direkter Beitrag des Programms nicht isoliert abgeleitet werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Maßnahme einen nicht näher quantifizierbaren, aber dennoch positiven Einfluss auf die Transparenz parlamentarischen Handelns und auf die politische Einflussnahme durch die Bevölkerung entfaltet hat, was in Anbetracht der vergleichsweise geringen finanziellen Mittel ein erstaunliches Ergebnis ist.

### **Übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen Teilnote: 3**

## **Nachhaltigkeit**

### **Kapazitäten der Beteiligten und Betroffenen**

Im Rahmen der EPE hat sich herausgestellt, dass sich die KfW-WKBs und das TV-Studio in einem guten Allgemeinzustand befinden, die Ausstattung vollständig. Die Instandhaltung der installierten Antennen wurde hingegen vernachlässigt. Zum Zeitpunkt der EPE war nur eine von sechs besuchten Antennen funktionstüchtig. Erst die Feststellung dieser Defekte im Rahmen der EPE hat bei der Parlamentsverwaltung zu einer Befassung mit dem Problem geführt (in Form der Entsendung von Technikern zur Überprüfung). Das bereitgestellte Informationsmaterial ist aufgebraucht, die Bestände wurden nicht aufgestockt. Insbesondere bei den jeweiligen Sprachversionen ist großer Nachholbedarf vorhanden, da die besonders hohen Anklänge bei der Bevölkerung fanden.

Zur regulären Personalausstattung eines WKBs zählen eine Büroleitung, eine Assistenz und zwei Wachen, die allesamt Angestellte des Parlaments sind. Die Fluktuationsrate bei den Angestellten der WKBs

---

<sup>13</sup> Afrobarometer: [summary\\_of\\_results-zambia-afrobarometer\\_round\\_8-29june2021.pdf](#) Als Gründe werden hierfür die Unterstellung mangelnder Kompetenz von Exekutive und Legislative (>50% der Befragten), vor allem aber die schlechte wirtschaftliche Performanz (95% der Befragten) genannt

schwankt bei ca. 15 % p.a. und kann als moderat eingestuft werden. Offene Stellen werden i.d.R. zügig innerhalb von wenigen Wochen nachbesetzt. Allerdings entspricht der Weggang eines Angestellten je WKB bei einer Besetzung der WKBs mit nur zwei Personen automatisch einer Fluktuationsrate von 50 %. Fluktuationsbedingt sind seit 2015 inzwischen 225 WKB-Angestellte (75 %) ungeschult. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Professionalisierungsgrad darunter gelitten hat. Des Weiteren fehlen formale Vorgaben bzw. die bestehenden werden nur unzureichend eingehalten. Austauschplattformen für die WKB-Angestellten fehlen, so findet kein formalisierter Austausch z.B. zu best practice Beispielen oder auch lessons learned statt. Art und Weise der durchgeführten Aktivitäten bleiben daher ein Stück weit dem Zufall überlassen. In diesem Kontext kommt erschwerend die neue Constituency Staff Recruitment Policy hinzu, die die Laufzeit der Anstellungsverträge des WKB-Personals an die Amtszeit des AOs koppelt und AOs angehalten sind, eigene Kandidaten für die WKB-Posten auszuwählen. Es ist von einem weiter schwindenden Professionalisierungsgrad der WKB-Angestellten auszugehen, der bei einer regulären Amtsdauer von fünf Jahren und vergleichsweise hoher Fluktuation der AOs auch mit einem ausgefeilten Schulungskonzept kaum zu verbessern wäre. Im Rundfunk-Studio sind aktuell 15 von 22 Stellen besetzt, was zu Effizienzverlusten im aktuellen Betrieb bei hoher Auslastung führt. Personal und Mittel fehlen für eine Instandhaltung der installierten Antennen.

### **Beitrag zur Unterstützung nachhaltiger Kapazitäten**

Die chronische Mittelknappheit des PT erschwert eine erfolgreiche Fortführung des Vorhabens. Zwar hat das Parlament großes Interesse an dessen Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit und dem Erhalt der dafür notwendigen Infrastruktur, so dass ein Minimum an Wartungsbudget im Haushalt vorgesehen ist, dennoch zielen die Maßnahmen nicht darauf ab, Einnahmen für den Partner zu generieren. Sämtliche Betriebskosten werden ausschließlich über Zuweisungen aus dem Staatshaushalt gedeckt, dessen Mittelzuweisungen in der Vergangenheit deutlich hinter dem Bedarf zurückblieben. 2019 wurden gar Gehaltszahlungen an die Mitarbeiter in den WKBs teilweise ausgesetzt und Instandhaltungsaufwendungen vollkommen eingestellt. 2020 wies der Haushalt für die WKBs eine Gesamtsumme von rund 60,6 Mio. ZMW aus (ca. EUR 3,1 Mio.). Hiervon wurden 80,9 % für Personalkosten veranschlagt, 18,2 % für die Aufrechterhaltung des Betriebes, 0,7 % für Instandhaltungsausgaben, 0,3 % für Öffentlichkeitsarbeit und 0% für Personalaus- und Fortbildung. Es ist evident, dass diese Mittel bei Weitem nicht ausreichen, bereitgestellte WKBs und die Rundfunkausrüstung langfristig zu erhalten und um über geeignete Öffentlichkeitsmaßnahmen einen kontinuierlichen Dialog zwischen AOs und Bevölkerung zu sichern. Besserung ist mit der neuen Regierung in Sicht. Für 2022 hat diese das Budget des Wahlkreisentwicklungsfonds um das 15-fache von 100 TUSD auf ca. 1,5 Mio. USD aufgestockt. Sollten diese Mittel im Laufe des nächsten Jahres tatsächlich abfließen, wäre ein ordnungsgemäßer Betrieb durch Nachholung von Reparaturen und Aufstockung fehlenden Informationsmaterials möglich.

### **Dauerhaftigkeit von Wirkungen über die Zeit**

Das politische System ist stabil, es wurde durch die problematische wirtschaftliche Situation noch gestärkt. Umfragen über Afrobarometer<sup>14</sup> bestätigen mit Werten im Bereich 80% und höher ein überwältigendes Bekenntnis der Bevölkerung zu demokratischen Prozessen und Institutionen. Über die finanzierten Maßnahmen wurde in verstärktem Maß in die politische Bildung der Gesamtbevölkerung investiert. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieser Bildungsstand weitestgehend fortbestehen bleibt und die Bevölkerung zunehmend von ihrer politischen Mitbestimmung Gebrauch machen wird - unabhängig von einem Regelbetrieb der geschaffenen Kapazitäten. Insbesondere das Parlaments-TV spielt hierfür eine übergeordnete Rolle. Es ist davon auszugehen, dass mit einem Erhalt des Minimumbetriebes - wie seit 2015 geschehen - die erzielten Wirkungen fortbestehen sollten und dass die finanzierten Maßnahmen auch in Zukunft einen Beitrag zum demokratischen Prozess leisten werden. Indes bleibt abzuwarten, ob die veränderte Rolle der WKBs während der Corona-Pandemie und ein damit verbundener gesteigerter Bekanntheitsgrad bei Normalisierung der Situation zu einem gesteigerten Interesse der Bevölkerung an der Arbeit der WKBs führen wird.

---

<sup>14</sup> [summary\\_of\\_results-zambia-afrobarometer\\_round\\_8-29june2021.pdf](#)

Die finanzierten Maßnahmen können naturgemäß keine Einnahmen generieren, sondern bleiben dauerhaft von Zuweisungen aus dem Staatshaushalt abhängig. Damit ist der Erfolg der Maßnahme auch zukünftig von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und dem politischen Willen der Entscheidungsträger abhängig.

Zum Zeitpunkt der EPE, die während einer tiefen wirtschaftlichen Rezession des Landes stattfand, ist die Nachhaltigkeit des Projektes gefährdet. Dies würde die Vergabe der Teilnote 4 rechtfertigen. Die Ownership durch den Projektträger ist jedoch weiterhin hoch. Dies zeigt sich in der Initiative der neugewählten Regierung, das Budget für die WKBs um 50 % aufzustocken, so dass bereits kurz- bis mittelfristig mit einer erheblichen Verbesserung des Betriebes der geschaffenen Kapazitäten gerechnet werden kann. Dieser positive Ausblick begründet eine bessere Bewertung des Nachhaltigkeitskriteriums.

**Nachhaltigkeit Teilnote: 3**

### Erläuterungen zur Methodik der Erfolgsbewertung (Rating)

Zur Beurteilung des Vorhabens nach den Kriterien **Relevanz**, **Kohärenz**, **Effektivität**, **Effizienz**, **übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen** als auch zur abschließenden **Gesamtbewertung** der entwicklungspolitischen Wirksamkeit wird eine sechsstufige Skala verwendet. Die Skalenwerte sind wie folgt belegt:

<b>Stufe 1</b>	sehr erfolgreich: sehr gutes, deutlich über den Erwartungen liegendes Ergebnis
<b>Stufe 2</b>	erfolgreich: gutes, voll den Erwartungen entsprechendes Ergebnis, ohne wesentliche Mängel
<b>Stufe 3</b>	eingeschränkt erfolgreich: Ergebnis liegt unter den Erwartungen, aber es dominieren die positiven Ergebnisse
<b>Stufe 4</b>	eher nicht erfolgreich; Ergebnis liegt deutlich unter den Erwartungen und es dominieren trotz erkennbarer positiver Ergebnisse die negativen Ergebnisse
<b>Stufe 5</b>	überwiegend nicht erfolgreich: trotz einiger positiver Teilergebnisse dominieren die negativen Ergebnisse deutlich
<b>Stufe 6</b>	gänzlich erfolglos: das Vorhaben ist nutzlos bzw. die Situation ist eher verschlechtert

Die Stufen 1–3 kennzeichnen eine positive bzw. erfolgreiche, die Stufen 4–6 eine nicht positive bzw. nicht erfolgreiche Bewertung.

### Das Kriterium **Nachhaltigkeit** wird anhand der folgenden vierstufigen Skala bewertet:

Nachhaltigkeitsstufe 1 (sehr gute Nachhaltigkeit): Die (bisher positive) entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens wird mit hoher Wahrscheinlichkeit unverändert fortbestehen oder sogar zunehmen.

Nachhaltigkeitsstufe 2 (gute Nachhaltigkeit): Die (bisher positive) entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nur geringfügig zurückgehen, aber insgesamt deutlich positiv bleiben (Normalfall; „das was man erwarten kann“).

Nachhaltigkeitsstufe 3 (zufriedenstellende Nachhaltigkeit): Die (bisher positive) entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens wird mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich zurückgehen, aber noch positiv bleiben. Diese Stufe ist auch zutreffend, wenn die Nachhaltigkeit eines Vorhabens bis zum Evaluierungszeitpunkt als nicht ausreichend eingeschätzt wird, sich aber mit hoher Wahrscheinlichkeit positiv entwickeln und das Vorhaben damit eine positive entwicklungspolitische Wirksamkeit erreichen wird.

Nachhaltigkeitsstufe 4 (nicht ausreichende Nachhaltigkeit): Die entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens ist bis zum Evaluierungszeitpunkt nicht ausreichend und wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch nicht verbessern. Diese Stufe ist auch zutreffend, wenn die bisher positiv bewertete Nachhaltigkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit gravierend zurückgehen und nicht mehr den Ansprüchen der Stufe 3 genügen wird.

Die **Gesamtbewertung** auf der sechsstufigen Skala wird aus einer projektspezifisch zu begründenden Gewichtung der sechs Einzelkriterien gebildet. Die Stufen 1–3 der Gesamtbewertung kennzeichnen ein „erfolgreiches“, die Stufen 4–6 ein „nicht erfolgreiches“ Vorhaben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Vorhaben i. d. R. nur dann als entwicklungspolitisch „erfolgreich“ eingestuft werden kann, wenn die Projektzielerreichung („Effektivität“) und die Wirkungen auf Oberzielebene („Übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen“) **als auch** die Nachhaltigkeit mindestens als „zufriedenstellend“ (Stufe 3) bewertet werden.